



## Rottweils erster Landtagsabgeordneter

### Dr. Andreas Burkard

von Wolfgang Vater

Im Gebiet „Hinterprediger“ verläuft die Burkard-Straße, eine Benennung, mit der die meisten Einwohner nichts anzufangen wissen. Nur wenigen Ortskundigen ist bekannt, dass sich Andreas Burkard Anfang des 19. Jahrhunderts mit Erfolg für die Rückgabe des vom württembergischen Staat konfiszierten städtischen Waldbesitzes eingesetzt hat. Tatsächlich war Dr. Burkard als erster Abgeordneter des Oberamtsbezirks Rottweil in der Zweiten Kammer der württembergischen „Landstände“ eine Persönlichkeit mit deutlichem politischem Profil.

Dr. Andreas Burkard wurde 1786 in Rottweil als Sohn eines Metzgermeisters geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und promovierte zum Doktor der Jurisprudenz; allerdings verzeichnet keine süddeutsche oder österreichische Universität seinen Namen. Später ließ er sich in seiner Heimatstadt als Rechtsanwalt und Notar nieder (1). Seine Kanzlei schien regen Zulauf gehabt zu haben, denn schon 1821 konnte er das Hofgut Oberrottenstein samt dem ehemaligen Schloßchen von der württembergischen Staatsfinanzverwaltung für 6000 Gulden erwerben (2). Sein jüngerer Bruder Ignaz, Gastwirt zum Hecht, wurde durch seine Protektion zum Rottweiler Stiftungswaldmeister befördert (3).

#### Die Wahl zu den Landständen

Früh fühlte sich Andreas Burkard zur Politik hingezogen, denn die Ausarbeitung einer Verfassung für das junge Königreich stand politisch im Raum. Schon König Friedrich hatte eine Verfassung geplant, dazu war eine allgemeine Ständeversammlung einberufen worden, von Rottweil zunächst Stadtschreiber Augustin Steinhäuser, später folgte ihm Johann Philipp Georgii nach (4). Doch erst mit König Wilhelm I. kam das stockende Verfassungsvorhaben wieder in Gang, die Nachbarländer Baden und Bayern hatten bereits 1818 eine Verfassung erhalten, und die sich anbahnenden reaktionären Karlsbader Beschlüsse des österreichischen Staatskanzlers Metternich drängten in Württemberg zur Eile. Die Wahlvorbereitungen zur verfassungsgebenden Landesversammlung waren for-



Gläserne Wappenscheibe mit dem Wappen von „Dr. Andreas Burkard, Advocat u. Repräsentant 1786-1830“ an einem der Fenster des Vorraumes des Alten Rathauses in Rottweil.  
Foto: Gerald P. Mager, Stadtarchiv Rottweil

mal an einer Wahlordnung von 1815 ausgerichtet, in Wirklichkeit wurden die Wahlen im Vorfeld von der Staatsregierung über die Oberamtänner massiv beeinflusst, in Rottweil Oberamtmann Steinhäuser im Verbund mit Bürgermeister Zipfeli und den Stadträten Dorfer und Liebermann. Es gab nur einen Kandidaten, so dass das Wahlergebnis nicht überraschen konnte. Am 21. Juni 1819 wurde Dr. Andreas Burkard von einer Anzahl mehr oder weniger willkürlich ernannten höchstbesteuerten Wahlberechtigten zum „Repräsentanten“ gewählt (5).

Ab Juli 1819 tagte die „Konstituante“ in Ludwigsburg, endlich am 25. September trat die Verfassung in Kraft. Einmalig für die Geschichte des deutschen Frühkonstitutionalismus ist die Tatsache, dass Württemberg als einziger deutscher Staat eine Verfassung im Wege eines Vertrags zwischen Fürst und Volk erhielt. Die Presseorgane des Landes, auch Rottweils „Gemeinnütziger Anzeiger“, waren gehalten, dies

der Öffentlichkeit bekannt zu machen: So ließ König Wilhelm in einem Manifest verlauten, „Wenn Wir ... Unserem Volke nochmals die Hand zum Verträge boten, so geschah dies im Vertrauen auf ... treue Anhänglichkeit“ (6).

#### Erste Ansätze zu Parlamentarismus und Demokratie

Nach der neuen Landesverfassung war der Abgeordnete der Zweiten Kammer Vertreter des ganzen Landes und nicht eines Wahlkreises (Repräsentationsprinzip). Politische Parteien oder Fraktionen gab es noch nicht, doch lockere, am politischen Tagesgeschehen ausgerichtete Zweckbündnisse. Die wichtigste Aufgabe der Landstände war die Bewilligung von Steuern, wobei der Grundsatz galt, dass der Staatsbedarf primär aus den Einnahmen des Staatsbesitzes zu finanzieren sei. Eine Besonderheit des württembergischen Budgetrechts bestand darin, dass einmal bewilligte Steuern, samt Steuerentwürfen, nicht einfach vom Finanzministerium forterhoben werden konnten, sondern alle drei Jahre vom Landtag neu bewilligt werden

mussten (7). Die Zweite Kammer konnte sich obendrein auch mit Anfragen und Petitionen an die Regierung wenden. Modern mutet an, dass die Kammersitzungen öffentlich waren und die Sitzungsprotokolle im Druck publiziert wurden. Die württembergische Verfassung wurde von den Zeitgenossen als echter politischer Fortschritt empfunden, sie garantierte mehrere individuelle Grundrechte. Nach heutigem Verständnis war die Partizipation des Volkes an der politischen Willensbildung eher bescheiden: Zur Zweiten Kammer galt das Wahlrecht nur für volljährige Männer ab 25 nach einem komplizierten Zensuswahlsystem.

#### Erste Begegnung mit Ludwig Uhland

Bei den Verhandlungen um die neue Verfassung war Ludwig Uhland der Wortführer, der mit Nachdruck auf das „alte gute Recht“ des württembergischen Volkes pochte. Ausgehend vom historischen Vorbild des Tübinger Vertrags von

1514 setzte der Tübinger Professor, unterstützt vor allem von den Altwürttembergern, den Vertragsgedanken in der neuen Verfassung durch. Uhlands erste Begegnung mit dem Rottweiler Parlamentsvertreter 1819 stand allerdings eher unter negativen Vorzeichen. Andreas Burkard, der sich betont als Vertreter Neuwürttembergs, insbesondere der mediatisierten Reichsstädte betrachtete, verfocht vehement und mit Erfolg seinen Anspruch auf einen Sitz in einer Landtagskommission zu Lasten Ludwig Uhlands. Dieser gab nach und schrieb an seine Eltern: „Für die Sache mag es gut sein, dass noch ein Neuwürttemberger hineinkam, es hätte sonst Eifersucht erregen können“ (8).

### **Um städtische Schulden und Waldbesitz**

Die Rückgabe des 1803 beschlagnahmten Rottweiler Waldbesitzes und die Schuldenübernahme durch den württembergischen Staat ist kein politischer Sonderfall, sondern Teil einer von König Wilhelm I. groß angelegten Aktion, die Bürger der mediatisierten Reichsstädte für das neue bunt zusammengewürfelte Königreich zu gewinnen. Dabei hatte der württembergische Staat auch im Jahr 1803 eingegangene Rechtsverpflichtungen zu beachten. In Stuttgart erschienen seit 1815 Kommissionen aus zahlreichen Städten zu Verhandlungen mit Regierungsvertretern. Die Verhandlungen gestalteten sich zäh, da über den Umfang der staatlichen Schuldenübernahmeverpflichtung und den Zahlungsmodus unterschiedliche Auffassungen im Raum standen. Nach Jahren zähen Ringens erhielt zum Beispiel Ulm einen Schuldenerlass und Vermögensrückübertragung im Wert von 210000, und die kleine Stadt Isny von 80000 Gulden (9). Ähnlich wie die Vertreter der Stadt Ravensburg, die ebenfalls um ihren Waldbesitz kämpften, drang auch Dr. Burkard, den die Stadt Rottweil mit dem Titel „Syndicus“ zu ihrem Chefunterhändler gewählt hatte, auf Einhaltung von Artikel 27 des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, wonach alle zu kirchlichen und „milden“ Stiftungen gehörigen Güter und Einkünfte den ehemaligen Reichsstädten verbleiben sollten, eine Maxime, die das württembergische Innenministerium schon 1817 akzeptiert hatte. Erschwert wurde Burkards Verhandlungsführung durch überzogene Forderungen des Rottweiler Stadtrats, dem der diplomatisch versierte und beharrliche Syndicus mehrmals zur Mäßigung riet. Endlich kam es am 14. April 1821 zu einem Vergleich Rottweils mit dem württembergischen Staat (10). Dieser übernahm 100000 Gulden städtischer Schuldenlast und gab 622 Jauchert Wald, etwa 190 Hektar, an die Stadt Rottweil zurück. Tatsächlich waren 1802 nur etwa ein Fünftel der städtischen Waldungen vom Staat konfisziert worden, so dass Rottweil unterm Strich weitgehend verschont blieb (11). Rottweil sparte nicht mit Dankerweisen für seinen erfolgreichen Verhandlungsführer. Am Sonntag 1. Juli 1821 veranstaltete die Stadt ein „Dankfest für die Gnade unseres Königs Wilhelm“, in Wirklichkeit mehr ein Fest zu Ehren von Dr. Burkard: Es begann um 5 Uhr früh mit Böllerschüssen „von den Stadtwällen“, um 8 Uhr folgte ein Hochamt mit Predigt, im Anschluss daran die Geschenkübergabe in Form eines silbernen Bechers und 100 Dukaten, dann ein Gastmahl, eine Komödienaufführung und ein Ball im Gasthaus zum Wilden Mann (12). Der Vergleich mit dem württembergischen Staat hatte seine Wirkung nicht verfehlt, Rottweils Bürgerschaft arrangierte sich zunehmend mit dem neuen Staatswesen.

### **Um niedrige Steuern**

Anders als heute, wo der Finanzminister bemüht ist, die Ausgabenfreudigkeit seiner Regierungskollegen und der Parlamentarier zu bremsen, sahen die Vertreter der 63 Oberämter in der Zweiten Kammer ihre Aufgabe vorrangig darin, die Staatsausgaben und das Steueraufkommen möglichst niedrig zu halten. Mit gleichgesinnten Kollegen pochte Burkard auf das verfassungsmäßig verbrieftete Recht der Kontrolle der Staatsausgaben vor dem Beschluss eines neuen Haushaltsplans. Gegen den Versuch der Staatsregierung, Steuerfreiheit für die Besoldungen der Staatsdiener und Geistlichen durchzusetzen, wandte er sich vehement als Wortführer zahlreicher Kollegen (13). Er könne nicht nachvollziehen, warum der „Landmann“, also der gewerbetreibende Bürger, allein die Steuerlast tragen solle. So erreichte er in der Sitzung vom 17. Mai 1820 einen politischen Erfolg mit dem Beschluss der Kammer, Einkommen und Pensionen von Beamten im Betrag von mehr als 100 Gulden jährlich zu besteuern, unter sozialer Berücksichtigung niedriger Besoldungseinkünfte (14). Schon aus diesen Zusammenhängen wird ersichtlich, dass sich Burkard als Vertreter des ganzen Volks und nicht nur partikulärer und regionaler Interessen betrachtet hat.

Gut verständlich, dass Burkard für eine niedrige Steuerlast des „Landmanns“ eingetreten ist, doch war ihm sicher bekannt, dass hinter dem Ansinnen der Regierung um die Bewilligung höherer Steuern sich ein finanzielles Strukturproblem verbarg. Dem Staat waren durch die oben erwähnte Rückgabe kommunaler Waldungen wertvolle Einkünfte verloren gegangen, dazu kam die vom König seit 1817 eingeleitete „Bauernbefreiung“, die zwangsläufig mit dem Wegfall von Zinseinkünften, gerade auch bei den säkularisierten Klostergütern verbunden war. Die Verfassung von 1819 hatte zudem die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben (15). Der Einsicht in die Knappheit der Ressourcen des Staats haben sich die Abgeordneten der Zweiten Kammer bewusst verschlossen. Sie schöpften ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte voll aus im Wissen um ihren engen politischen Spielraum: Der Landtag besaß weder das Recht der Gesetzesinitiative, noch war die Staatsregierung dem Landtag parlamentarisch verantwortlich.

Im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen soll 1827 das Zitat gefallen sein, das sprichwörtlich für angebliche Knauserigkeit und mangelnden Kunstsinn der Schwaben steht. Als Stuttgart die berühmte Gemäldesammlung der Brüder Boisserée mit mehr als 200 altniederländischen und altdeutschen Werken zum Kauf angeboten wurde, soll Damian Mosthaf, der Abgeordnete des Oberamts Oberndorf gesagt haben: „Mir brauchet koi Konscht, mir brauchet Grombiera.“ Dieser Satz ist in den Landtagsprotokollen nicht vermerkt, möglicherweise fiel er im privaten Kreis. Wie Andreas Burkard sich in der Angelegenheit verhalten hat, ist nicht bekannt, ebenso wenig, ob er sich für die staatliche Förderung der Bildenden Künste in Württemberg jemals eingesetzt hat. Jedenfalls entgegen der württembergischen Regierung ein bedeutender Kunstkauf, die Sammlung Boisserée ist heute in der Alten Pinakothek in München zu bewundern.

### **Für eine schlanke Verwaltung**

Typisch für das politische Programm der frühliberalen Volksvertreter war die Beschränkung

der staatlichen Aufgaben auf ein absolutes Minimum und entlang der knappen bewilligten Finanzmittel eine schlanke Staatsverwaltung. Als sich 1824 sogar die Finanzkommission der Zweiten Kammer dazu herbeiließ, Zwischeninstanzen als Aufsichtsbehörden des Finanz- und Innenministeriums in den vier Kreisen (eine Art Regierungsbezirke) zu fordern, erntete sie lebhaften Widerspruch, auch von Burkard. Mit dem Einwand, dies diene nur der „Vermehrung der Vielschreiberey“, ohne echte Entscheidungsbefugnis, wollte man den Verwaltungsapparat so klein wie möglich halten (16).

### **Der Fall Friedrich List**

Der renommierte Reutlinger Wirtschaftstheoretiker, in späteren Jahren ein entschiedener Befürworter eines deutschen Zollvereins und gesamtdeutschen Eisenbahnnetzes, war 1819 in die Zweite Kammer der württembergischen Landstände gewählt worden, konnte jedoch sein Mandat nicht antreten, da er zu jenem Zeitpunkt das gesetzliche Mindestalter von 30 Jahren noch nicht erreicht hatte. Anstatt ein paar Monate abzuwarten, hatte die Staatsregierung einen plausiblen Grund gefunden, die Wahl des politisch unbequemeren Mannes für ungültig zu erklären. Nach einer weiteren Wahl 1820 zog er für Reutlingen in den Landtag ein, doch geriet er schon 1821 ins Visier von König Wilhelm und dessen Regierung, als er in seiner „Reutlinger Petition“ die württembergische Bürokratie geißelte und sich für die Demokratisierung der kommunalen Selbstverwaltung aussprach. Streng nach dem Buchstaben der Verfassung betrieb eine „Kriminal-Untersuchung“ des Landtags auf massiven Druck des Landesherrn den Mandatsentzug Lists. Der politische Riss ging quer durchs Plenum, Andreas Burkard hatte sich schon am 12. Februar 1821 für den Reutlinger Abgeordneten erklärt. In der Sitzung der Kammer vom 24. Februar stimmten, unter dem Druck der Staatsregierung, 56 Abgeordnete für Lists Ausschluss, 36 stimmten dagegen, darunter Ludwig Uhland und Andreas Burkard. Da die Abstimmung namentlich erfolgte, hatten sich auch Burkard und seine Gesinnungsgenossen politisch verdächtig gemacht (17).

### **Um die Gleichberechtigung der katholischen Kirche**

Mit der Säkularisation der reichsunmittelbaren Klöster und der Mediatisierung von Reichsstädten und Adels herrschaften (1803-1806) erhielt Württemberg einen enormen Bevölkerungszuwachs mit überwiegend katholischer Konfession. Wohl war schon im Religionsedikt von 1806 die Gleichberechtigung der christlichen Glaubensbekenntnisse erklärt worden, doch harrten zahlreiche Streitpunkte zwischen Staat und katholischer Kirche einer endgültigen Klärung, angefangen von der Gründung eines Landesbistums bis hin zur Verwendung und Verwaltung des Kirchenguts. Einen guten Ansatzpunkt bot die Verfassung von 1819, die den christlichen Kirchen weit entgegenkam und ihnen die Nutznießung ihrer Schul-, Kirchen- und Armenfonds sowie die Autonomie ihrer innerkirchlichen Angelegenheiten garantierte. Doch sah die Verfassungswirklichkeit anders aus, der kirchenpolitische Handlungsschwerpunkt lag eindeutig beim „Königlich Katholischen Kirchenrat“, einer Landesbehörde, und nicht bei Generalvikar von Keller, der 1828 zum ersten Bischof von Rottenburg geweiht wurde. Ohne das geltende Staatskirchenrecht in Frage stellen zu wollen, drangen Landtagsausschüs-

se im Dezember 1820 auf die verfassungsmäßig garantierte Ausscheidung des katholischen Kirchenguts aus dem Staatsbesitz. Zudem wurden Forderungen an den Staat formuliert wie die Errichtung eines katholischen Lehrerseminars, eines Pensionsfonds für Schullehrer und, recht modern anmutend, Beiträge des Staats zu den Druckkosten der Lehr- und Unterrichtsmittel sowie staatliche Zuschüsse zum Schulhausbau. In Albert Schott, dem Vertreter des Oberamts Böblingen, hatte Burkard einen Mitstreiter gefunden, dem, obwohl evangelisch, klar geworden war, dass nur ein Entgegenkommen gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil das junge Königreich im Innern konsolidieren konnte (18). Mit dem Linksliberalen Albert Schott, der 1848 in die Frankfurter Nationalversammlung einzog, kooperierte Burkard noch des Öfteren.

Im gemischt konfessionellen Württemberg entstanden durch Binnenwanderung zwangsläufig katholische Minderheiten, insbesondere in den größeren Städten. Burkard nahm sich im Landtag um die Probleme der Katholiken in der „Diaspora“ an, als er im Mai 1820 an den Innenminister die Frage richtete, ob für die vorgesehene katholische Kirche in Reutlingen die im „Special-Etat“ genannte Summe bereits zu diesem Zweck verwendet worden sei. Es verging noch geraume Zeit, bis sich König Wilhelm persönlich einschaltete und der jungen katholischen Pfarrgemeinde Reutlingen die Nikolai-Kirche für ihre Gottesdienste zuwies.

Seit 1828 blieb Andreas Burkard häufig wegen Krankheit den Kammersitzungen fern, im Januar 1830 wurde er wegen gesundheitlicher Probleme auf unbestimmte Zeit beurlaubt, am 12. Mai 1830 starb er im Alter von wenig mehr als 43 Jahren (19).

### Auf dem Weg des liberalen Fortschritts

Die Julirevolution in Frankreich 1830 griff schon bald auf die politische Öffentlichkeit der deutschen Staaten über, es kam zu Unruhen in Sachsen und Hannover und im Ergebnis zu Landesverfassungen, die sich an den süddeutschen orientierten. Ein frischer Wind ging auch durch den als reaktionär und bevormundend

empfundenen Wahlmodus zu den württembergischen Landtagswahlen. Statt informeller Honoratiorenauslese und mehr oder weniger unverhohlener Lenkung der Wahlen durch die Oberamtmänner kam es im Vorfeld der Dezemberwahlen von 1831 zur öffentlichen Diskussion um die Kandidatur von Wahlmännern und teilweise auch zu Alternativvorschlägen bei den Landtagskandidaten (20). In Rottweil hatte sich ein „Verein zu Vorbereitung der Wahl eines ständischen Abgeordneten“ konstituiert: Ihm gehörten so angesehene Bürger an wie Kirchenpfleger Benz, Stiftungswaldmeister Ignaz Burkard, Oberlehrer Thaddäus Villingner und selbst sieben Schultheißen von umliegenden Landgemeinden - eigentlich an sich schon beachtlich. Dennoch meldeten sich wenige Tage später über die örtliche Presse Bürger zu Wort, die dem Verein Geheimniskrämerie vorwarfen und sich dafür aussprachen, „dem Würdigsten Empfohlenen (damit konnte nur Benedikt Pflanz gemeint sein) einen annähernd Würdigen an die Seite zu stellen“, im Klartext, die Minderbesteuerten verlangten eine echte Auswahl unter zwei Kandidaten (21). Am 18. Dezember 1831 veröffentlichte der „Gemeinnützige Anzeiger“ ein Verzeichnis der von der Bürgerschaft gewählten 31 Wahlmänner zur Wahl eines Abgeordneten für die nächste Ständeversammlung. Anhand dieser Zahl lässt sich der Wahlmodus für die Rottweiler Verhältnisse recht gut rekonstruieren. Nach der Verfassung kam auf sieben Steuerpflichtige (direkte Steuer, z.B. Grund- und Gewerbesteuer) ein Wahlberechtigter, zwei Drittel der Wahlberechtigten hatten als Höchstbesteuerte je eine Direktstimme zur Landtagswahl, die übrigen „Steuer-Contribuenten“ wählten aus ihren Reihen ein Drittel der Wahlberechtigten als „Wahlmänner“, also indirekte Wahl. Wurden also 31 Wahlmänner im Sinne der indirekten Wahl gewählt, so standen der Stadt Rottweil insgesamt 93 Wahlberechtigte zu, demnach hatte die Stadt damals 651 Steuer zahlende Gemeindebürger. Obgleich sie nicht zu den Höchstbesteuerten zählten, gehörten auch die 31 genannten Wahlmänner zu den angesehensten Bürgern der Stadt. Es spricht für die Schulstadt Rottweil und den guten Ruf ihrer Lehrkräfte, dass gleich fünf

Lehrer aufgelistet sind, Zeichenlehrer Franz Joseph Uhl, Lehrer Johann B. Meich (Ölporträt im Stadtmuseum), die Brüder Thaddäus und Franz Joseph Villingner sowie Markus Glükher, nach dem eine Gasse im Sprengerort benannt ist.

#### Anmerkungen:

- 1) Chronik der Pfarrei Heilig-Kreuz in Rottweil 1814-1879, bearb. von W. Wittmann und A. Braun (2010) S.66.
- 2) Beschreibung des Oberamts Rottweil (1875) S.435.
- 3) Porträts Rottweiler Bürger des 18. bis 20. Jh., von W. Vater und G.P. Mager. – Kleine Schriften des Stadtarchivs Rottweil 18 (2011) S.30f.
- 4) W. Hecht, Rottweil 1802-1970 (1997) S.36.
- 5) StadtA Rottweil Stadtratsprotokolle Jg.1819 Bd. A 106 p.8b: Sitzung vom 17. Juni 1819. – Tagebuch des Joh. Nep. Maurer 1798-1839 p.47.
- 6) Gemeinnütziger Anzeiger (GA) 21.Jg., 7. Oktober 1819.
- 7) B. Mann, Württemberg 1800-1866. In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte Bd.3 (1992) S.277f.
- 8) Ludwig Uhlands Leben, zusammengestellt von seiner Witwe (Emilie Vischer) (1874) S.156-158.
- 9) W.H. Hepach, Ulm im Königreich Württemberg 1810-1848 (1979) S.17-20; I. Kammerer, Isny im Allgäu (1956) S.182.
- 10) G. Wochner, Von der Reichsstadt zur Stadtgemeinde, Rottweil (1994) S.129-131; W. Hecht a.a.O. S.38.
- 11) L. Weisser, Rottweils Wirtschaft und Gesellschaft vom Ende des Reichsstadtzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1978) S.24.
- 12) Tagebuch J.N. Maurer p.49; GA 23.Jg., 5. Juli 1821 Sp.569-572.
- 13) Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg (=Protokolle) im Jahr 1820 S.694 und 725 ff.
- 14) a.a.O. S.746 ff.
- 15) K. und A. Weller, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, 7. Aufl. (1972) S.232.
- 16) Verhandlungen in der Kammer ... in den Jahren 1823 und 1824 S.1537: Sitzung vom 2.Juli 1824.
- 17) Verhandlungen ... im Jahr 1821 S.25 ff. und 139f.; B. Mann a.a.O. S.281f.
- 18) Verhandlungen ... im Jahr 1820, Sitzung vom 9. Dezember 1820 Beilage IV S.33.
- 19) GA 32.Jg., 16. Mai 1830.
- 20) Vgl. B. Mann S.294.
- 21) GA 33.Jg. Nr.96, 1. Dezember 1831; nr.97, 4. Dezember 1831 Sp. 913-915. – Vgl. D. Burkard, Benedikt Alois Pflanz (2004) S.19f.

---

# Vom Verschönerungsverein zum Fremdenverkehrsverein Rottweil

von Arved Sassnick

---

### Zur Gründung des Verschönerungsvereins (1869)

Der „Verein für die Verschönerung der Stadt Rottweil und ihrer Umgebung“ wurde 1869 von Professor Oskar Hölder gegründet (1). Die Satzung vom 31. Juli.1869 führt im § 1 als Zweck des Vereins die Verschönerung von Rottweil und seiner Umgebung aus, wobei die nötigen Geldmittel durch die Beiträge seiner Mitglieder – jährlich 1 Mark – sowie Spenden beschafft werden sollten (2). Der Verein hat der Illustrierten Chronik der Stadt Rottweil von 1884 zufolge im Jahre 1883 125 Mitglieder umfasst, die jährlich mindestens 30 Kreuzer Beitrag zahlten (3). Die vom Autor dieses Artikels für das Stadtarchiv erfassten und archivierten Dokumente erlauben zunächst einen Blick auf die Gründung

des Vereins, dann auf die Erneuerung der Satzung am 28. November 1899. Leider fehlen Protokolle von Vereinssitzungen, Gedächtnisnotizen oder Briefwechsel, aus denen die konkrete Umsetzung des in der Satzung festgelegten Zwecks oder eine Erfolgsbilanz direkt ablesbar wäre. Ausweislich einer Zeitungsnotiz der Schwarzwälder Bürgerzeitung Nr. 67 vom Freitag, 14. Juni 1872, hatte es nach einer Unterbrechung der Vereinsaktivitäten während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 eine Wiederaufnahme der Tätigkeit des Vereins gegeben (4).

### Von der Tätigkeit des Vereins

Die Illustrierte Chronik der Stadt Rottweil von 1884 nennt als erstes größeres Vorhaben des

Vereins „die Anlagen, die sich vom Hengststall aus mit den oberen Anlagen beim Hohenthurm verbinden. Es folgten kleinere Anlagen bei der Realschule, an der Heiligkreuzkirche und der Zufahrtsstraße, wobei an geeigneten Punkten stets Ruhebänke erstellt wurden, die sich seitens der Spaziergänger und insbesondere der Kindsmägde mit ihren Schutzbefohlenen einer starken Frequenz erfreuten. Die neueste Leistung ist die gelungene Erweiterung der Hohenthurmanlage in südlicher Richtung.“ (5) Die in den Dokumenten aufgefundenen Auszüge aus den Gemeinderatsprotokollen sind wenig aussagekräftig. Es lässt sich indessen aus der Fülle der vorgefundenen Rechnungen verschiedener Handwerks- und Forstbetriebe und anderer Firmen ablesen, dass Verschönerungsarbeiten, die vom Verein initiiert oder finanziert worden

waren, ein durchaus ansehnliches Maß erreichen, wie oben schon erwähnt (6). Möglicherweise gab es wie anderwärts 1889 Verbindungen vom Verschönerungsverein zur Gründung des Rottweiler Albvereins (vgl. W. Hecht, 125 Jahre Schwäbischer Albverein in Rottweil 1889-2014. Rottweil 2014 S.5).

## Der Vorstand und die Mitglieder

Die Namen der 1872 gewählten Ausschussmitglieder waren: Obertribunalrat Boscher, Rechtsanwalt Etter als Schriftführer, Waldmeister Hezinger, Professor Hölder als Vorsitzender, Stadtwirt Kuhnle, Stadtschultheiß Marx als Kassier, Kaufmann Riedlinger, Dreikönigswirt Ritter, Kreisgerichtsdirektor v. Stendel, Gärtner Vetter und Kaufmann Widmann.

Neben den oben erwähnten 125 Mitgliedern des Jahres 1883 sind Mitgliederverzeichnisse für die Jahre 1900, 1905, 1906 und 1911 aufgefunden worden (7). Interessant ist ein unter den Dokumenten aufgefundener Ausriss einer Annonce vom 3. November 1902, in der zur Gründung des Rottweiler Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs aufgerufen wurde (8).

Wortlaut des Texts: „Rottweil. Hebung des Fremdenverkehrs. Von den bürgerlichen Kollegen beauftragt, einen Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs ins Leben zu rufen, laden wir zur Besprechung der in Betracht kommenden Fragen alle Einwohner der hiesigen Gemeinde, welche sich für die Sache interessieren, zu einer allgemeinen Versammlung auf Sonntag, den 9. November 1902 (Jahreszahl als handschriftlicher Zusatz) nachmittags 3 1/2 Uhr im Sonnensaal freundlich ein. Den 3. November 1902. Für das bestellte Comité: Stadtschultheiß Glükher, Bürgerausschußobmann Bertsch.“

Interessant ist diese Annonce insofern, als dann der Verschönerungsverein im Jahre 1925 mit diesem Verein fusionierte: Am 14. Mai 1925 ergibt sich aus einem Schreiben des Verschönerungsvereins an den Verkehrsverein die Absicht des Zusammenschlusses, über den die Ausschüsse der beiden beteiligten Vereine im Sonnensaal am Sonntag, den 23. April 1925 dann beraten sollten (9). Die Fusion beider Vereine ist dann tatsächlich am 14. Mai 1925 auf einer Mitgliederversammlung im Oberen Sonnensaal erfolgt, wie sowohl die Schwarzwälder Bürgerzeitung als auch der Schwarzwälder Volksfreund kurz hintereinander meldeten. Der Verlauf sei befriedigend gewesen, die Mitglieder in großer Zahl erschienen (10).

## Gründung und Namensgebung des Fremdenverkehrsvereins (1902)

Die Akten des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs, die vom Autor des Artikels ebenfalls archiviert worden sind, geben das Gründungsdatum des Vereins nicht her; es ist aber aus den Unterlagen des Verschönerungsvereins und der entsprechenden Zeitungsnotiz, wie oben erwähnt, ersichtlich: 3. November 1902. In den gesamten Unterlagen wird der volle Titel des „Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs“ zunehmend in der abgekürzten Form „Verkehrsverein“ verwendet. Es gibt keinen vernünftigen Zweifel daran, dass hier ein und derselbe Verein gemeint ist. 1925 fusionierte dann der „Verschönerungsverein“ mit dem „Verkehrsverein“, der danach bis 1979 nachgewiesen werden kann.

## Aktivitäten des Verkehrsvereins

Die gesamten Unterlagen umfassen fast aus-

schließlich Rechnungen, Angebote von Annoncen, Schreiben mit hauptsächlichem Bezug zur Vergabe von Annoncen oder der Herstellung von Druck-Klischenes, einige Übersichten über Rottweiler Fremdenzimmer, Tageslohnlisten für getätigte Arbeiten, Mitgliederlisten (11), Bahnförderungsbegleitscheine, dann Kriegsanleihen (12), seltener Dankeskarten von zufriedenen Reisenden oder Anfragen nach Informationsmaterial.

Erstaunlich ist jedoch die Weite des Umkreises, in dem der Verkehrsverein die Vorzüge des Luftkurortes Rottweil angepriesen hat: Von Berlin (Reichsbäder-Adressbuch Berlin sowie Ullsteins Autoreisedienst) bis Wien (Illustriertes Badeblatt), von Emden (Verkehrsverein Emden e.V.) bis Leipzig (Karl Baedeker sowie Bund Deutscher Verkehrsvereine), von Köln (Kölner Tageblatt) bis Konstanz (Konstanzer Zeitung) reichen die Publikationen, in denen annonciert wurde, wobei sich durchaus Schwerpunkte herauskristallisierten: Da ist zunächst der „Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart“, dann das „Reichsbäder-Adressbuch Berlin“ und auch noch der „Schwarzwälder Volksfreund“ und die „Schwarzwälder Bürgerzeitung“. Des Weiteren fällt der alljährliche Blumenschmuckwettbewerb auf, der vom Verein organisiert wurde.

Bemerkenswert ist eine Verkehrszählung, die der Verkehrsverein wohl 1925/26 an der Hauptstraßenkreuzung durchgeführt hat und die auf einen für heutige Verhältnisse sehr ruhigen Verkehr blicken lässt: Die Aufzählung nennt 124 Personenkraftwagen, 84 Lastkraftwagen und 60 Motorräder in zwölf Stunden (13). Bei den Akten vermisst man sehr Protokolle oder Briefwechsel, aus denen Vereinsstrategien, Vorhaben und deren Ergebnisse hätten abgelesen werden können.

## Weitere Existenz des Vereins bis zur „Machtergreifung“

Sichtbar wird, dass der jeweilige Stadtschultheiß von Rottweil über Jahrzehnte hinweg auch Vorsitzender des Verkehrsvereins gewesen ist, wie dies beim Verschönerungsverein wohl auch schon der Fall gewesen war. Die Unterlagen des Verkehrsvereins enden schließlich mit dem Jahr 1929.

Von da an ist man auf Fundstellen in den beiden ortsansässigen Zeitungen und den Adressbüchern der Stadt Rottweil angewiesen. Im November 1933 wurde eine Mitgliederversammlung im Schwarzwälder Volksfreund angekündigt, die dann am Donnerstag, 14. September 1933, den Hinweis auf die „Gleichschaltung der Führung“ brachte, danach die Wiederwahl des bisherigen Vorstands mit Stadtschultheiß Abrell an der Spitze, dann Kaufmann Gaiselmäß als Stellvertreter und zwei Vertreter der Presse zusätzlich (14).

## Nachkriegszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg geben immerhin noch die Rottweiler Adressbücher Auskunft über die Existenz des Vereins, die Akten leider nicht mehr: 1953 ist Bürgermeister Arnulf Gutknecht als Vorsitzender mit Geschäftsführer Wilhelm Steinert genannt (15); 1962 wird Dr. E. Förster, Oberregierungsrat, als Vorsitzender erwähnt (16); 1970 ist H.-J. Kaulich als Vorsitzender verzeichnet (17); 1976 erscheint Walter Rieble als Vorsitzender (18); 1979 taucht Walter Rieble als Vorsitzender nochmals auf (19); das nächste Adressbuch von 1984/85 enthält keinen diesbezüglichen Eintrag mehr.

## Fazit

Wenn in unseren Tagen Tourismus-Management und Tourismus-Leitbild als Neuheit zur wirtschaftlichen Stärkung von Rottweil und zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades unserer Stadt in Marsch gesetzt werden, dann sollte nicht vergessen werden, dass die Wurzeln dieser Bemühungen bis ins Jahr 1869 zurückreichen.

## Anmerkungen:

- 1) Illustrierte Chronik der Stadt Rottweil, Rottweil 1884, S. 72, und W. Hecht, Rottweil 1802-1970. Von der Reichsstadt zur Großen Kreisstadt. Rottweil 1997 S. 112 ff.
- 2) Revidierte Satzungen des Vereins für die Verschönerung der Stadt Rottweil und ihrer Umgebung. Archiv Rottweil, Faszikel 1 Nr. 1
- 3) Illustrierte Chronik der Stadt Rottweil, Rottweil 1884, S. 73
- 4) SBZ Nr. 67 vom Freitag, 14. Juni 1872
- 5) Illustrierte Chronik der Stadt Rottweil, Rottweil 1884, S. 72f.
- 6) Illustrierte Chronik der Stadt Rottweil, Rottweil 1884, S. 7 f sowie SBZ Nr. 67 vom Freitag, 14. Juni 1872
- 7) Konvolut Verschönerungsverein, Faszikel 4
- 8) Faszikel 4, Nr. 2
- 9) Faszikel 25, Nr. 118 und 119; SBZ Nr. 98 vom 29. April 1925
- 10) SBZ Nr. 107 vom 9. Mai 1925; SVF Nr. 112, 15. Mai 1925
- 11) z. B. Faszikel 28, Nr. 81
- 12) Faszikel 27
- 13) Faszikel 25, Nr. 104
- 14) SVF Nr. 208, Montag, 11. September 1933; ebenso Nat. soz. Volkszeitung Nr. 208 vom Montag, 11. September 1933: „Die Gleichschaltung ging sehr rasch vor sich, ... wiedergewählt wurden ...“ Dieser Vorstand war wohl seit 1925 im Amt. Ob der Wortlaut bezüglich der sehr raschen Gleichschaltung eher auf einen formal-deklaratorischen Vorgang oder aber auf einen reibungslosen Ablauf hinweist, ist nicht ersichtlich.
- 15) Rottweiler Adressbuch 1953, S. 62
- 16) Rottweiler Adressbuch 1962, S. 10
- 17) Rottweiler Adressbuch 1970, S. 10
- 18) Rottweiler Adressbuch 1976, S. 6
- 19) Rottweiler Adressbuch 1979, S. 20



So warb der Rottweiler Verkehrsverein 1925 für „Rottweil am Neckar“. Die Anzeige findet sich auf Seite 1 des Rottweiler Adressbuches 1925, das die Druckereien H. Eller und M. Rothschild herausgaben. Vorlage: Stadtarchiv Rottweil